

Ressort: Politik

Bundesländer wollen Stahlindustrie vor höheren Klimakosten schützen

Saarbrücken, 22.10.2018, 00:00 Uhr

GDN - Die deutschen Stahl-Bundesländer fordern, dass Bund und EU die Branche vor strengeren Umweltauflagen und höheren Stromkosten schützen sollten, um Zehntausende Arbeitsplätze zu sichern. Hiesige Stahlhersteller stünden vor "immensen Herausforderungen", heißt es im Abschlusspapier des Nationalen Stahlgipfels am Montag, über das die "Süddeutsche Zeitung" berichtet.

Darin fordern die Länder, dass die EU der Stahlindustrie mehr CO₂-Emissionsrechte kostenlos zuteilen sollte, um vergleichsweise klimafreundliche Werke in Deutschland zu stärken. Der Preis der CO₂-Zertifikate hat sich in den vergangenen zwölf Monaten mehr als verdoppelt, was der Industrie zusätzliche Kosten verursacht. Auch sollten Stahlhersteller "vollumfänglich" dafür kompensiert werden, dass Strompreise wegen der teureren Emissionsrechte steigen, heißt es in dem Papier. Im Kampf gegen die weltweiten Überkapazitäten der Stahlindustrie kritisieren die Bundesländer "unilaterale Maßnahmen einzelner Staaten". Dass US-Präsident Donald Trump die Zölle erhöhte, weil Stahlimporte die nationale Sicherheit der USA gefährden, sei "fragwürdig", heißt es in dem Papier. Neben Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Brandenburg wollen das Saarland, Hamburg und Bremen am Montag diese "Leitplanken der Stahlländer" beschließen. "Es geht jetzt darum, die Kräfte zu bündeln, um auf der politischen Ebene die Interessen der heimischen Stahlindustrie noch nachhaltiger vertreten zu können", sagte die saarländische Wirtschaftsministerin Anke Rehlinger der "Süddeutschen Zeitung".

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-113877/bundeslaender-wollen-stahlindustrie-vor-hoeheren-klimakosten-schuetzen.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619